

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Giovanna Battagliero, SP): Keine Bauschuttortieranlage mehr im ESP Ausserholligen!

Die Firma RESAG betreibt seit Juni 1999 an der Steigerhubelstrasse 94E-94G in Ausserholligen eine Bauschuttortieranlage. Sie hat dafür vom Gemeinderat am 26.6.1998 eine auf 10 Jahre befristete Baubewilligung erhalten.

Soeben ist die Mitwirkungsfrist betreffend die neue bzw. revidierte Überbauungsordnung Weyermannshaus-Ost III abgelaufen. Den Erläuterungen zur Vorlage ist zu entnehmen, dass am ESP Ausserholligen in diesem Teilgebiet festgehalten werden soll. Der RESAG soll offenbar die Baubewilligung im 2008 nicht mehr verlängert werden. Auf dem betreffenden Gelände ist ein Parkingbereich geplant.

Für den ESP Ausserholligen ist es – unabhängig von der neu aufgelegten Überbauungsordnung Weyermannshaus-Ost III – zentral, dass sich die RESAG 2008 aus Ausserholligen zurückzieht. Eine Bauschuttortieranlage gehört nicht in einen Entwicklungsschwerpunkt. Sie läuft den Planungsabsichten, die mit dem ESP Ausserholligen verfolgt werden, diametral entgegen. Zudem verursacht sie etliche Immissionen ins nahe gelegene Weyermannshausbad.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Kann der Gemeinderat zusichern, dass er die im 2008 auslaufende Baubewilligung der RESAG nicht verlängern wird?
2. Wird der Gemeinderat auf der Schliessung und Entfernung der Bauschuttortieranlage im 2008 bestehen und diese, wenn nötig auch zwangsweise und auf Kosten der Betreiberin durchsetzen?
3. Hat die RESAG bereits einen Ersatzstandort für die Bauschuttortieranlage in Aussicht? Wenn ja, welchen?

Bern, 8. Juni 2006

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Giovanna Battagliero, SP), Ursula Marti, Gisela Vollmer, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Andreas Zysset, Margrit Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Thomas Göttin, Andreas Flückiger, Corinne Mathieu

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hatte nie die Absicht – auch nicht nach dem Scheitern der ersten Vorlage des Zonenplans im Jahre 2001 und dem Scheitern des Tram Bern West im Jahre 2004 – das Gebiet Weyermannshaus-Ost als Teil des ESP Ausserholligen aufzugeben. Er hat im August 2006 den Zonenplan Weyermannshaus-Ost – nun ohne die umstrittene Wohnzone – zur Mitwirkungsaufgabe gebracht, mit dem Ziel, im Jahre 2007 den Plan der Volksabstimmung zu unterbreiten. In den Vorschriften zum Zonenplan-Entwurf werden Betriebe wie die Resag ausgeschlossen, weil solche Nutzungen die Entwicklung des ESP hemmen und neue Arbeitsplätze verhindern.

Die Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hat im April 2006 beschlossen, die auf 10 Jahre befristete Baubewilligung nicht zu verlängern. Das Bauinspektorat hat dies der Firma Resag mitgeteilt. Falls der Zonenplan Weyermannshaus-Ost im Jahre 2007 von den Stimmberechtigten angenommen wird, will der Gemeinderat an dieser Entscheidung festhalten. Sollte der Zonenplan abgelehnt werden, kann die Resag ein ordentliches Baugesuch einreichen, da sie in der Industrie- und Gewerbezone zonenkonform ist.

Zu Frage 2:

Die Resag muss gemäss befristeter Baubewilligung bis 26. Juli 2008 das Areal geräumt haben. Nach diesem Zeitpunkt ist der Betrieb der Resag an diesem Standort widerrechtlich. Falls sie nicht räumt, muss das Bauinspektorat von Amtes wegen die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands verfügen. Dabei ist der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu wahren. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass eine Frist von 10 Jahren eine grosszügige Frist darstellt, einen neuen Standort zu suchen. Dies umso mehr, als vor Ablauf von 8 Jahren der Firma mitgeteilt wurde, dass eine Verlängerung nicht in Frage kommt.

Zu Frage 3:

Das Stadtplanungsamt hat anfänglich mitgeholfen, neue Standorte zu suchen. Leider fielen die Vorschläge nicht auf fruchtbaren Boden. Von den zahlreichen aufgezeigten Möglichkeiten sind heute bereits die meisten verbaut oder nicht mehr verfügbar. Der Gemeinderat stellt sich daher heute auf den Standpunkt, dass die Resag als private Firma selbst für einen neuen Standort sorgen muss. Die Absicht der Resag ist dem Gemeinderat nicht bekannt.

Bern, 23. August 2006

Der Gemeinderat